

# VOM VERSUCH REALISTISCHER RADIKALITÄT

E  
C  
U  
A  
D  
O  
R

Der neue Präsident erklärte nach seinem Amtsantritt am 15. Jänner 2007, man werde die Politik der neuen Regierung an fünf schon zuvor angekündigten programmatischen Achsen orientieren. Erstes und innenpolitisch wichtigstes Projekt werde die verfassunggebende Versammlung sein. So notwendig wie schwer umsetzbar ist das zweite Anliegen der neuen Regierung: Man hofft auf Erfolge im Kampf gegen die Korruption. Von neuen Prämissen der Politik zeugt auch das nächste Vorhaben, die „Revolution in Bildung und Gesundheit“, wie neue und sozialere Schwerpunkte im Bereich von Bildung, Gesundheitsversorgung, Arbeitsmarkt und Migration ein wenig pathetisch angekündigt werden.

Von gleichfalls starker nationaler wie internationaler Bedeutung könnte die sogenannte ökonomische Revolution sein. Correa kündigt auf der einen Seite eine neue Schuldenpolitik und auf der anderen Seite den Versuch einer Veränderung der internationalen Finanzarchitektur an. Ebenfalls von internationaler Relevanz ist das fünfte politische Vorhaben der außenpolitischen Neupositionierung Ecuadors: Die neue Regierung stellt eine aktive Rolle des Andenstaates im Prozess der südamerikanischen Integration in Aussicht.

## Staatstrauer nach Hubschrauberunglück

Nachdem gleich zum Amtsantritt das politische Gezerre zwischen neuer Regierung und deren Gegnern begonnen hatte, wurde die Konfrontation Ende Jänner jäh beendet – zumindest vorübergehend: Nach nur zehn Tagen im Amt starb die Verteidigungsministerin Guadalupe Larriva während einer Militärübung bei einem Hubschrauberunglück in der Küstenstadt Manta. Die Vorsitzende der Sozialistischen Partei (PS) war erste Zivillistin und erste Frau an der Spitze des ecuadorianischen Militärs. Auch wenn öffentlich keine Verdächtigungen ausgesprochen wurden, äußerten Anhänger der Verstorbenen Unverständnis darüber, dass im Areal der hochtechnisierten Militärbasis von Manta ein solches Unglück passieren könne. Manta dient den USA zur Überwachung der gesamten Region und der Intervention in den kolumbianischen Konflikt. Die Regierung Correa hat angekündigt, den 2009 auslaufenden Vertrag über die Nut-

Während sich anderswo die Hoffnung in eine gerechtere Politik von Linksregierungen langsam enttäuscht oder sich anfängliche Radikalität in „realistische Politik“ verwandelt hat, steht Ecuadors Regierung erst am Anfang: So wären Radikalität und Zähmung die zwei unwahrscheinlichen Extrementwicklungen einer Politik, die die neue ecuadorianische Regierung des Präsidenten Rafael Correa vom Weg anderer lateinamerikanischer Linksregierungen unterscheiden könnte.



Guadalupe Larriva

zung der Basis nicht zu verlängern. Correa kündigte die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission an, die das Unglück aufklären soll.

## Führt Konfrontation zu Konsolidierung?

Nach kurzzeitigem Beiseiteschieben der Konflikte brachen diese jedoch nach Ende der Staatstrauer in schon bekannter Intensität wieder aus. Umstrittenstes Projekt ist dabei die verfassunggebende Versammlung. Einen Tag vor Amtsantritt hatte Correa mit Bezug auf die von ihm ausgemachte *partidocracia*, die Herrschaft der Parteiklüngele, erklärt: „Sie fühlen sich in die Ecke gedrängt, sie sind erschrocken: Sie wissen, dass die *Constituyente* kommen wird“. Die Konfliktparteien in diesem Streit sind Regierung und Präsident auf der einen und das Parlament auf der anderen Seite: Die gegen Correa gerichtete Parlamentsmehrheit ist der Meinung, dass das Parlament entscheiden müsse, ob es eine verfassunggebende Versammlung geben werde, und wenn ja, mit welchem Statut. Correa wies demgegenüber das Oberste Wahlgericht an, ein

Von Jonas Henze

Plebiszit anzusetzen, bei dem über eine *Constituyente* abgestimmt werden soll.

Zwar kann sich der neue Präsident sicher sein, dass bei einer solchen Volksabstimmung eine positive Antwort gegeben würde, jedoch gab das in Ecuador nach Parteiproporz besetzte Wahlgericht die Entscheidung über die Einrichtung einer Versammlung und über deren Statut an das Parlament weiter. Die erneut zu beobachtende Polarisierung der politischen Kräfte würde sich bei einer Wahl zur verfassunggebenden Versammlung wohl noch verschärfen. Während konservative mit populistischen Kräften zusammenarbeiten, wird von Tag zu Tag deutlicher, dass eine stärkere Einigkeit der Linken zur Unterstützung der Regierung Correa notwendig sein wird, soll diese erfolgreich sein.

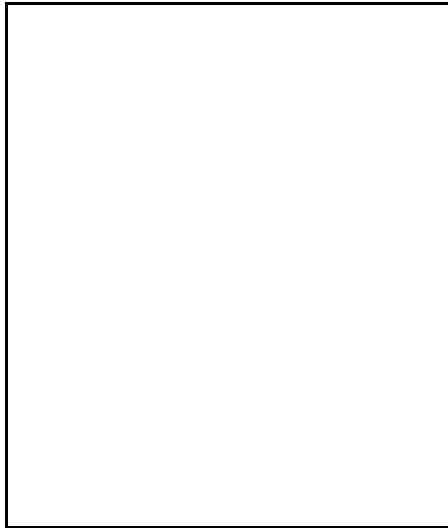
## Lucio Gutiérrez' Wiederkehr

Einer der wichtigsten Protagonisten der „Anti-Correa-Koralition“ ist indessen ein Altbekannter: Der im April 2005 nach Massenprotesten abgesetzte Ex-Präsident Lucio Gutiérrez spielt in der Auseinandersetzung zwischen alten und neuen Kräften eine viel größere Rolle, als noch vor einigen Monaten erwartet wurde. Seine Fraktion im Nationalkongress nutzt Gutiérrez taktisch, um mittelfristig den eigenen Einfluss auszubauen: Er versucht, gleichzeitig politisch mit den konservativen und populistischen Kräften gegen Correa zu pak- tieren, sich jedoch öffentlich das Image des einzig wahren Volksvertreters zu geben. Dieser Opposition gehören die Christsoziale Partei (PSC), die Christdemokratische Union (UDC) und die PRIAN (Partei des neopopulistischen und millionenschweren dreimaligen Präsidentschaftskandidaten und „ewigen Verlierers“ Álvaro Noboa) an. Konkret bedeutet dies eine prinzipielle und lautstarke Unterstützung für das Projekt einer verfassunggebenden Versammlung – aber nur von Gutiérrez' Gnaden und bei gleichzeitiger diffamie-

weiter Seite 6 ⇨

⇒ von Seite 5 : **ECUADOR**

render Kritik am neuen Präsidenten Correa. Gerade auch diese Strategie von Gutiérrez scheint anzudeuten, dass es eine verfassungsgebende Versammlung geben wird – und dass der Wahlkampf zu dieser Wahl auch für die Gegner Correas schon begonnen hat.<sup>1</sup>



Correa im Wahlkampf, mit *correa*

### Versuch realistischer Radikalität

Correa kündigte schon am 26. November 2006, dem Abend der Stichwahl, an, die „Nacht der Neoliberalen“ werde nun ein Ende haben: Für dieses Ziel stehen einige ehrgeizige, teilweise radikale Projekte auf der Agenda der neuen Regierung. Gleichwohl ist schon jetzt klar, dass die Regierung das Land keinesfalls per Dekret und über Nacht aus einer schwierigen sozialen und politischen Situation führen können. Einerseits zentral für Erfolg oder Misserfolg ist die verfassungsgebende Versammlung und – damit einhergehend – die Frage, wie sich das Kräftemessen von Correa und seinen Unterstützern mit der Allianz traditioneller und neopopulistischer Kräfte des konservativen Spektrums entwickeln wird. Andererseits ist bisher offen, ob von Correas Regierungsübernahme mittelfristig eine Wirkung ausgeht, die die Konsolidierung der zersplitterten Linken im Land befördern kann. □

[jonas.henze@googlemail.com](mailto:jonas.henze@googlemail.com)

<sup>1</sup> Am 13. 2 gab der Kongress grünes Licht für die Anberaumung eines Referendums, in dem die BürgerInnen über die Mitglieder der von der Regierung angestrebten verfassungsgebenden Versammlung entscheiden sollen.

B  
O  
L  
I  
V  
I  
E  
N

## DER PRÄSIDENT IN SEINEM LABYRINTH

Die Bilanz der Präsidentschaft von Evo Morales ist nach einem Jahr insgesamt positiv. Doch die Rechte organisiert sich neu und die Regierung sieht dabei nicht immer gut aus.

Von Robert Lessmann

Am 22.1.2006 wurde Evo Morales als bolivianischer Präsident vereidigt. Nach Jahren der Proteste, die das Andenland an den Rand der Unregierbarkeit gebracht hatten, herrschte Aufbruchstimmung. Die alten Eliten, konsterniert über den Erdrutschsieg der MAS (*Movimiento al Socialismo – Instrumento Político para la Soberanía de los Pueblos*), warteten ab und schwiegen. Ein Jahr später hat sich das geändert (siehe Beitrag von Almut Schilling-Vacaflor). Etliche Beobachter sehen Bolivien erneut am Rande eines Bürgerkriegs.

Ausgestattet mit einem historischen Wahlsieg (53,7%) und einer absoluten Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung ging die Regierung mit Elan ans Werk, was dem Präsidenten anfangs Zustimmungsraten von bis zu 80% einbrachte. Neben sofortigen Kürzungen der Bezüge für Regierungsmitglieder und Initiativen in den Bereichen Gesundheitsversorgung und Alphabetisierung wurden im ersten Jahr bereits drei der wichtigsten Wahlversprechen umgesetzt: die Nationalisierung der Erdgas- und Erdölvorkommen, die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung und eine Landreform.

Die Zustimmungsraten für Morales „liegen gegenwärtig bei 59%. Bei den Wahlen zur *Constituyente* vom 2. Juli 2006 konnte die MAS ihre Stellung mit 50,7% behaupten (beim zeitgleich stattfindenden Autonomiereferendum folgten 57,5% dem Aufruf der MAS, mit „Nein“ zu stimmen), die wichtigste Oppositionspartei *Podemos* hingegen fiel gegenüber den Parlamentswahlen vom 18. Dezember 2005 noch einmal um fast 50% auf nunmehr 15,3% der Stimmen zurück.

Am 1. Mai wurden die Erdöl- und Erdgasreserven mit großem Aufsehen handstreichartig nationalisiert; das Militär besetzte die Förderanlagen. Das bolivianische Energieunternehmen YPFB wurde wieder zu einem vollwertigen Staatsunternehmen und erhielt in den *joint ventures*

mit ausländischen Partnerunternehmen die Entscheidungsmehrheit von 51% der Anteile (vorher waren es meist 49%). Die ausländischen Partner wurden aufgefordert, binnen 180 Tagen ihre Verträge mit YPFB neu zu verhandeln. Trotz etlicher Schwierigkeiten, besonders mit *Petrobras* aus dem damals wahlkämpfenden Nachbarland Brasilien, konnte der bolivianische Senat fristgerecht im November 44 neue Verträge mit zwölf ausländischen Partnerunternehmen ratifizieren. Der Anteil der bolivianischen Einnahmen daraus liegt nunmehr bei zwischen 50 und 85% – gegenüber vormals 18%!

Die Regierung Sánchez de Lozada hatte im Zuge der Privatisierungen Mitte der 1990er Jahre diese unglaublich günstigen Konditionen eingeräumt, um ausländische Investoren anzulocken. Wie sich diese Änderung der Geschäftsbedingungen auf zukünftige Investitionen auswirken wird, muss man abwarten. Einstweilen profitiert Bolivien von der günstigen Konjunktur, in die nun auch deutliche Mehreinnahmen aus den Energieexporten eingehen: Das Wirtschaftswachstum 2006 liegt bei 4,9%. Während interne Kritiker von einer „Scheinnationalisierung“ sprechen und internationale Presseorgane über „Verstaatlichungen“ schimpfen, konnte die Regierung Morales eines ihrer wichtigsten und schwierigsten Wahlversprechen umsetzen.

Ein Landreformgesetz (INRA) aus dem Jahr 1996 harrete der Umsetzung: In zehn Jahren war nur ein Drittel des vorgesehenen Landes verteilt worden. Evo Morales hatte in diesem Zusammenhang mehrfach eine „Landrevolution“ in Aussicht gestellt. Dazu gehört die angekündigte Verteilung von zwei bis drei Mio. Hektar Staatsland an arme und landlose Familien sowie indigene Gemeinschaften. Dazu gehört aber auch ein Ergänzungsgesetz zum INRA, das im Dezember den Senat passierte und insbesondere Enteignungen für Grundbesitz ab einer bestimmten Größe vorsieht, sofern dieser nicht produktiv genutzt wird.